



NIEDERSACHSEN

VORWÄRTS

APRIL 2009 | WWW.SP-D-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

wir haben es uns gegenseitig nicht immer leicht gemacht und einiges zugemutet. Aber wir wussten immer, was wir aneinander hatten – die SPD und Gerhard Schröder. Am 7. April wird er 65 – unser früherer Kanzler, Ministerpräsident, Bundes-, Landes- und Bezirkschef, Juso-Bundesvorsitzender, Landtags- und Bundestagsabgeordneter. Gerd hat Politik pur im Blut. Leidenschaftlich, pragmatisch, kraftvoll, mutig, kämpferisch, mit Blick für das Notwendige und Mögliche. Durch Niedersachsen wehte nach den Albrecht-Jahren ein frischer Wind. Als Kanzler lüftete er das Land nach den spießigen Kohl-Jahren durch und prägte einen modernen, weltoffenen Politikstil. Wir verdanken ihm einiges, was bis heute wirkt. Atomausstieg, Ökosteuer, echte Partnerschaften mit Frankreich und Russland, ein ehrliches Verhältnis zur Türkei. Nicht zu vergessen sein Nein zum Irak-Krieg, bei dem er standhaft gegen Bush & Co. blieb, während Angela Merkel ihn in Washington anschwärzte. Zum 65. wünschen wir unserem Gerd das Allerbeste.

Euer

Garrelt Duin
Landesvorsitzender

BUNT STATT BRAUN

Keinen Fuß breit für Nazis am 1. Mai in Hannover



Sommer 2007: Hannover gemeinsam gegen braun.

Foto: lopo

Sie reden von »Überfremdung« und hetzen gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen. Sie geben sich als Vorkämpfer für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und tarnen dabei doch nur ihren Hass auf Demokratie und Andersdenkende. Sie werben mit dem Schlagwort eines »Nationalen Sozialismus« und meinen nichts anderes als den Nationalsozialismus, den sie mit all seinen Verbrechen verherrlichen.

Am 1. Mai dieses Jahres wollen die braunen Kameradschaften gemeinsam mit der NPD den Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung in Hannover nutzen, um ihr faschistisches Gedankengut zu verbreiten. Das kommt nicht von ungefähr, denn in Hannover findet Jahr für Jahr eine der größten und buntesten Maikundgebungen der Republik statt. Überregionale Aufmerksamkeit ist damit garantiert. Das wollen in diesem Jahr am 1. Mai über 1.000 Nazis ausnutzen, die mit ihren so genannten »Freien Kameradschaften« maßgeblich für die Zunahme rechtsextremistischer Gewalttaten verantwortlich sind. Täglich werden Menschen in Deutschland Opfer rechter Gewalt. Mord und

Totschlag sind bei Nazi-Überfällen einkalkuliert.

In Hannover hat sich, angeführt vom DGB, ein breites Bündnis gegen den Nazi-Aufmarsch gebildet, das die Nazi-Provokation nicht tatenlos hinnehmen will. Mit Sternmärschen und einem großen, bunten Fest für Demokratie wollen tausende von Menschen für eine welt-offene, demokratische und solidarische Gesellschaft demonstrieren. »Der extremen Rechten und ihren Ideologien erteilen wir eine klare Absage. Wir zeigen Zivilcourage, wir bekämpfen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus« heißt es im Aufruf »BUNT STATT BRAUN«.

Kurz vor Redaktionsschluss dieses vorwärts hat die Polizei der Landeshauptstadt den Nazi-Aufmarsch verboten. Das jedoch ist kein Grund, sich nicht weiterhin intensiv auf den 1. Mai vorzubereiten. Die Nazis haben angekündigt, vor das Verwaltungsgericht zu ziehen und von solchen Gerichten sind in der jüngsten Vergangenheit mitunter schwer nachzuvollziehende Urteile gefällt worden. Es gilt also, wachsam zu bleiben. ■

Weitere Informationen:
www.erstermai-hannover.dgb.de

» Wir zeigen Zivilcourage, wir bekämpfen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. «

Bündnis gegen den
Naziaufmarsch

» ›Yes we can‹ können wir auch. «

Karl Finke,
Behindertenbeauftragter des
Landes Niedersachsen
(S. II)

» Niedersachsen verfügt über ein enormes Entwicklungspotenzial in Europa. «

Erika Mann
(Seite III)

» Aktueller denn je: ›Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.‹ «

Sarah Henkelmann,
stv.Juso-Landesvorsitzende
(S. IV)

»YES WE CAN« KÖNNEN WIR AUCH

Anmerkungen zur Selbsthilfe und Selbstbestimmung behinderter Menschen

Von Karl Finke

Seit Mitte der 70er Jahre hat sich in Deutschland, orientiert an US-amerikanischen Vorbildern eine neue Selbsthilfebewegung gebildet, die für mehr Selbstbewusstsein behinderter Menschen streitet und sich damit gegen defizitäre Betrachtungen wendet wie »Menschen mit bestimmten Schächen«. Im Gegensatz zu den überkommenen Wohlfahrts-, Sozial- oder Fachverbänden mit ihrem Institutionswesen und den großen Behinderten- und Sozialeinrichtungen setzen Selbsthilfegruppen in ihrer jeweiligen Betroffenheit auf den Kontakt mit Gleichbetroffenen, um über die Selbstreflexion ihrer Lebenssituation zu gemeinsamem Handeln zu kommen.

Selbsthilfegruppen lassen sich nicht zu gesellschaftlichen Einsparmodellen umfunktionieren nach dem Motto »Nun gestaltet Euch mal schön selbst«. Ohne materielle Absicherung liefe dies auf ein gesellschaftliches Abschieben hinaus, das Selbsthilfegruppen entschieden ablehnen. Dass sie dabei mit der Beharrlichkeit der Eigeninteressen der jeweiligen Fachverbände zu kämpfen haben, ist ihnen bewusst. Selbstbestimmte Interessenver-



Karl Finke

tretung wird nicht mehr an Dritte delegiert, sondern von selbstbewussten, mitbestimmenden Bürgerinnen und Bürgern in die Gesellschaft eingebracht.

Zur Zeit gibt es in Deutschland 70.000–100.000 Selbsthilfegruppen, die seit den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts vor allem mit der Forderung nach selbstbestimmter Wohn-, Arbeits- und Lebensgestaltung aktiv sind. Ein

Ergebnis dieser Aktivitäten ist die Aufnahme eines Behindertenpassus in das Grundgesetz. »Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden«.

Niedersächsische Selbsthilfegruppen haben das Motto »Yes we can« in den vergangenen Jahren vorweggenommen. Mit ihrem vernetzten Denken und Handeln, mit politischem Bewusstsein und großer organisatorischer Kompetenz ist es gelungen, die Landesregierung zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes zu zwingen. Die nächsten Ziele sind die paritätische Mitbestimmung behinderter Menschen in Behinderten- und Wohlfahrtseinrichtungen und die rechtliche Absicherung des Dialogs und der Teilhabe in allen politischen Gremien und auf allen Ebenen.

Wir können zwar nicht alles, wir können aber vieles und vieles können wir auch durch unsere intakten Netzwerke und unseren solidarischen Umgang untereinander selbst organisieren. »Yes we can«.

Karl Finke ist Beauftragter des Landes Niedersachsen für Menschen mit Behinderungen.

»Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.«

Grundgesetz Art. 3 Abs. 3

WIDER DIE FLICKSCHUSTEREI

Landesparteirat zeigt bildungspolitische Einigkeit



Walter Meinhold,
Vorsitzender des Landes-
parteirates

Im Mittelpunkt der Sitzung des SPD-Landesparteirates in Oldenburg am 21. März standen Anträge zum Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode und das Konzept der SPD zur Beendigung der Bildungsmisere in Niedersachsen. Als Gast konnten die Mitglieder des Landesparteirates Eberhard Brandt, den Vorsitzenden der GEW Niedersachsen begrüßen, der mit scharfen Worten die Unzulänglichkeiten des bildungspolitischen Maßnahmenpakets der CDU/FDP-Landesregierung attackierte. »Im Sommer wird es krachen«, so der GEW-Chef. »Lehrerpensionierungen, zu wenig Studierende und zu viele Absolventen ohne Referendarsstellen – für diese Probleme bietet das Wulff-Paket keine Lösung«.

Vom »Chaos im Kultusministerium« sprach der Vorsitzende des Landesparteirates, Walter Meinhold, von einer insgesamt katastrophalen Lage die Bildungsexpertin der SPD-Landtagsfraktion, Frauke Heiligenstadt. Die Ursachen sind

offenkundig: Ein Ministerpräsident, der stur am gegliederten Schulsystem festhält und ihm zur Seite eine fachlich inkompetente Ministerin.

Das Lösungspaket, das Frauke Heiligenstadt umriss, umfasst fünf Kernbereiche:

- Die Neueinstellung von 2.000 Lehrkräften
- 2.000 zusätzliche Plätze für die Ausbildung von Lehrkräften
- Rücknahme der Fünfüzigkeitsvorgabe für neue Gesamtschulen
- Den Erhalt des Abiturs nach 9 Jahren an Gesamtschulen
- Alle Gesamtschulen müssen Ganztagschulen sein.

GEW und SPD vereinbarten, »die professionelle Zusammenarbeit zwischen der Landtagsfraktion und der GEW weiter zu führen.« Weiterhin beschloss der Landesparteirat die Gründung einer Bildungsakademie für Niedersachsen. Große Einigkeit schließlich herrschte unter den Delegierten darin, die Bahnprivatisierung aufzugeben. ■ eb



Konferenz der Hauptamtlichen und Abgeordnetenmitarbeiter der SPD Niedersachsen am 18. März in Hannover: Landesvorsitzender Garrelt Duin informierte die 100 anwesenden Mitarbeiter über die aktuellen Schwerpunkte der Landes- und Bundespolitik. Im Anschluss erläuterte Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel den kommenden Bundestagswahlkampf. Außerdem wurde der neue Internetauftritt der SPD Niedersachsen von Christoph Mattered vorgestellt und Europakandidat Bernd Lange skizzierte die zentralen Forderungen der SPD an ein soziales Europa.

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Lothar Pollähne,
Katrin Reich
Anschrift: Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

EUROPÄISCHE POLITIK FÜR NIEDERSACHSEN

Innovationsfreundliche Politik bewahrt unsere Stärken auch in der Krise

Von Erika Mann (MdEP)

Wir alle leben längst im globalen Dorf. Nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkrise öffnet uns die Augen. Klimawandel, explodierende Lebensmittelpreise, schwindende Ölreserven sind Anzeichen für eine Welt im Wandel. Die Krise zeigt aber auch, dass viele Probleme erst durch Habsucht, Verantwortungslosigkeit und Ignoranz verursacht worden sind. Die Politik ist immer mehr gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Wir brauchen Europa mehr denn je zuvor.

Ein Nationalstaat alleine kann kaum Einfluss auf die großen Herausforderungen nehmen, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit erhalten, Klima und Umwelt schützen. Auf der anderen Seite sind Nationalstaat und Bundesland oftmals der sichere Hafen in stür-

mischer See – wir kennen unsere Stärken und können uns auf sie verlassen.

Niedersachsen verfügt über ein enormes Entwicklungspotenzial. Im Wirtschafts- und Forschungsbereich zählt das Bundesland zu den Topstandorten weltweit. So liegt Volkswagen im internationalen Vergleich mit seiner Wirtschaftskraft und Innovationsfreudigkeit an der Spitze. Dahinter steckt eine enorme Kraft, welche oft übersehen wird. Die Politik muss dieser Kraft ihren Lauf lassen und sie schützen, wo es notwendig ist. Überflüssige Eingriffe seitens der Europäischen Kommission, wie im Fall des VW-Gesetzes geschehen, bewirken das Gegenteil.

Innovationen sichern in Niedersachsen viele Arbeitsplätze. Unsere Forscher und Entwickler an Instituten

und Universitäten, in Industrie und Wirtschaft zählen zu den Größen der internationalen Forschungslandschaft. Ihr Können und Wissen prägt Niedersachsens Zukunft entscheidend. Eine innovationsfreundliche Politik ist hierfür Voraussetzung. In diesem Sinne mache ich Politik für Europa und immer auch für Niedersachsen.

Viele Probleme können nur mit mutiger Forschung gelöst werden. Mit der Krise wird sich entscheiden, ob Europa seine Chancen wirklich wahrnimmt und Raum bietet für neue Forschungsfelder wie die grüne Revolution, von der alle sprechen. Wir als SPD wollen diesen Weg ebnen. Mit dem Potenzial der Erneuerung wollen wir in Europa Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. ■



Erika Mann

»
Wir brauchen
Europa mehr denn
je zuvor.«

Erika Mann

VORWÄRTS
RÄTSEL

Zeitgenossen beschreiben ihn als Optimisten und auf vielen Fotos glänzt sein glatzengröner Kugelkopf mit Lachen. Am Ende seines politischen Lebens allerdings hat er nichts mehr zum Lachen. Freuen kann er sich darüber, dass er nicht, wie etliche seiner Vorgänger, verbannt oder gar liquidiert wird. Geboren am 17. April 1894 im westrussischen Kalinowka, siedelt er 1908 ins ukrainische Donezk-Becken um und wird Maschinenschlosser. 1918 tritt er der KPdSU bei, wird Mitglied der Roten Armee und nimmt am Bürgerkrieg teil. Seine Frau stirbt 1921, seine beiden Kinder zieht er fortan alleine auf. 1925 fällt er auf dem 14. Parteitag der KPdSU erstmals Stalin auf. Schon auf dem 17. Parteitag wird er als dessen Günstling ins Zentralkomitee der KPdSU gewählt und mit dem Bau der Moskauer U-Bahn betraut. Dafür erhält er seinen ersten Leninorden. Zustimmung und Zurückhaltung lassen ihn die Stalinschen Säuberungswellen überstehen. Gleich nach dem Tod des großen Diktators wagt er sich aus der Deckung, lässt den mächtigen Geheimdienstchef Berija liquidieren und wird Parteichef. Zwei Höhepunkte zeichnen seine Karriere aus. Der erste ist 1956 auf dem 20. Parteitag der KPdSU die nicht-öffentliche Abrechnung mit Stalin und die Ankündigung des Tauwetters. Mit dem zweiten schreibt er sich in die Geschichte der UNO ein. Im September 1960 donnert sein Schuh auf das Rednerpult im New Yorker UN-Plenarsaal. Wer war der fröhliche Kommunist? Zu gewinnen gibt es Ilja Ehrenburgs Roman »Tauwetter«. ■ lopo

vorwärts, Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Der gesuchte Pastor war Martin Niemöller. Seine Erinnerungen gehen an Christian Meyer in Stadthagen

EQUAL PAY DAY

Niedersachsens Jusos fordern Lohngerechtigkeit

60 Jahre nach der feierlichen Verabschiedung des Grundgesetzes wird ein Grundrecht weiterhin nur teilweise eingehalten. Im Artikel 3, Absatz 2 heißt es: »Männer und Frauen sind gleichberech-

tigt«. Wer am Ende des Monats in die »Lohntüte« oder auf den Kontoauszug blickt, stellt als Frau fest: Da fehlt »'ne Stange Geld«. Noch immer verdienen Frauen in Deutschland rund 23% weni-

ger als Männer. Darauf haben Niedersachsen Jungsozialistinnen am 20. März, dem internationalen Tag für mehr Lohngerechtigkeit, mit phantasievollen Aktionen hingewiesen. Mit ihrer Aktion »Rote Tasche« haben Jungsozialistinnen aus dem Bezirk Weser-Ems symbolisch verdeutlicht, »dass Frauen bei gleichem Jobprofil und gleicher Position sprichwörtlich weniger in der Tasche haben als ihre männlichen Kollegen«, so die Juso-Bezirksvorsitzende Sabine Zimmermann.

Für die stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Sarah Henkelmann ist es nach wie vor erschreckend; »dass die Aufstiegschancen für Frauen und Männer bei gleicher Qualifikation sehr unterschiedlich verlaufen und unsere jahrelange Forderung »gleicher Lohn für gleiche Arbeit!« aktueller denn je ist. Wir werden auch in Zukunft verstärkt auf die Lohnungleichheiten in unserem Land aufmerksam machen und auf längst überfällige Veränderungen drängen«. ■ eb



Rote Taschen gegen Lohnunrecht

vorwärts
PERSONALABTEILUNG

DR. MATTHIAS MIERSCH, Bundestagsabgeordneter aus Laatzen, ist erwartungsgemäß zum neuen Vorsitzenden des größten SPD-Unterbezirks der Welt gewählt worden. Mit einem Abstimmungsergebnis von 98,1% erhielt Miersch von den Delegierten des SPD-UB Region Hannover einen

satten Vertrauensvorschuss. Der neue Vorsitzende versprach den Delegierten, die Politik ihres Ortsvereins auch umzusetzen: »Die Partei darf an elementaren Dingen nicht geschliffen werden«. Das gilt zum Beispiel bei der Bahnprivatisierung. »Es reicht nicht, die Privatisierung zu verschieben. Wir müssen die Lehren ziehen. Mit dem UB Region Hannover gibt es keine Privatisierung«, erklärte Miersch unter großem Beifall. Mit einem leichten Seitenhieb auf Altkanzler Helmut Schmidt sprach der neue UB-Vorsitzende den Delegierten aus dem Herzen: »Visionen gehören nicht zum Arzt, sondern sind originäre Aufgaben von Parteien«.

GESINE MULTHAUPT, Bundestagsabgeordnete aus Oldenburg, soll Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Oldenburg werden. Die Nachfolgerin des scheidenden UB-Vorsitzenden Wolfgang Wulf wird auf dem UB-Parteitag in Oldenburg am 29. April gewählt. ■

TERMINE

24. APRIL
SALZGITTER

Bezirksdelegiertenkonferenz des SPD-Bezirks Braunschweig in Salzgitter. Beginn: 17.00 Uhr. Referent: Hartmut Meine, Bezirksleiter IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Nähere Informationen: www.spd-bezirk-braunschweig.de

26. APRIL
HANNOVER

Regionalkonferenz Nord der SPD im HCC in Hannover. Beginn 11.00 Uhr. Mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Fran-Walter Steinmeier, dem SPD-Spitzenkandidaten zur Europawahl Martin Schulz und dem SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering

9. MAI
WOLFENBÜTTEL

Ordentlicher Parteitag des SPD-Bezirks Braunschweig in Wolfenbüttel. Beginn 10.00 Uhr. Hauptredner: Franz Müntefering. Nähere Information und Tagesordnung: www.spd-bezirk-braunschweig.de